**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

**Herausgeber:** Widerspruch

**Band:** 10 (1990)

**Heft:** 19

**Artikel:** Schwierigkeiten eines demokratischen Sozialismus : einige Gesichtspunkte zur Diskussion

**Autor:** Haug, Wolfgang Fritz

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-651710

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 15.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Wolfgang Fritz Haug

# Schwierigkeiten eines demokratischen Sozialismus

## Einige Gesichtspunkte zur Diskussion *

Fluchtartig werden die Panzerkreuzer des Kriegskommunismus verlassen, ganze ehemalige Staatsparteien, geschlossen oder fragmentiert, suchen sich in das Boot des Demokratischen Sozialismus zu retten. Der Fluchtgrund ist klar: Der Begriff des Kommunismus ist kaputt – schwarz in die Seele des Volkes eingeschrieben. Und doch sind zugleich gemeinschaftliche, "kommunitäre" Lösungen und Haltungen unentbehrlich.

Besichtigen wir das Boot "Demokratischer Sozialismus": ein Vehikel der politischen Semantik des Westens, aus dem Fuhrpark der Sozialdemokratie, wenig genutzt, allenfalls an bestimmten Feiertagen, zu Ausflügen für die linke Jugend. Integrationsfiguren führten den Begriff zu Integrationszwecken im Mund. Unser Boot war ein Luftschiff im Geisterreich der Hegemonie, nicht für Massenansturm gedacht, nicht dazu bestimmt, reale Verkehrsform zu werden.

Als es im November 1988 Willy Brandts 75. Geburtstag durch ein wissenschaftliches Colloquium zu feiern galt, hielt ich es für angebracht, das letzte Kapitel meiner Studie über das politische Denken Gorbatschows vorzutragen. Willy Brandt galt allgemein als jemand, der den Begriff des Demokratischen Sozialismus im Gegensatz zum undemokratischen Sozialismus des Ostens hochgehalten hatte, und nun zeigte sich das Unerwartete: "Auf dem Boden der neuen Produktivkräfte, der Technologien wie der neuen Arbeitssubjekte, zeichnet sich eine neuartige Verbindung von Sozialismus und Demokratie ab", lautete die Quintessenz meines Berichts. "Der sowjetische Sozialismus artikuliert sich nun als *demokratischer Sozialismus,* gelegentlich als *demokratischer und wissenschaftlicher Sozialismus.*" Und ich sagte voraus: "Das wird die politische Semantik auch im Westen heilsam durcheinanderbringen." (Haug 1989, 451). Denn es müsste doch wohl aus einem luftigen Diskurs, der bloss vom Gegensatz zu schlechter Wirklichkeit woanders lebte, etwas ganz anderes, noch kaum Vorstellbares werden, träfe er auf öffentliches Eigentum an Produktionsmitteln unter Bedingungen einer radikalen Demokratisierung.

### Funktionswandel und Chancen der Entblockierung

Um sich die Realität, die dem "Demokratischen Sozialismus" im Westen entsprach, klarzumachen, sei daran erinnert, was der schwedische Finanzminister K.O. Feldt auf einem von der ZEIT ("Ende des Kommunismus – was nun?" 29.12.89) veranstalteten Colloquium gesagt hat. Es ärgere ihn, wenn nun, verbunden mit dem Neueintritt Alexander Dubceks in die politische Arena, zustimmend von dessen Vision eines "Sozialismus mit menschlichem

Antlitz" gesprochen werde. Solches gebe es nicht und könne es nicht geben. Es gebe einzig Kapitalismus mit "menschlichem Gesicht" und das sei "die Aufgabe des demokratischen Sozialismus". Da die schwedische Sozialdemokratie im Osten jetzt oft als unbeschwerter Hoffnungsträger gesehen wird, sei das Bild verkompliziert durch einen Seitenblick auf die politische Meinung der Schweden: Der Vorsitzende der "Linkspartei/Kommunisten", Lars Werner, war Anfang 1990 mit 35 Prozent Zustimmung der beliebteste Politiker Schwedens, vor dem sozialdemokratischen Regierungschef, der es nur auf 25 Prozent brachte.

Wird das Boot des Demokratischen Sozialismus sinken? Wäre es am Ende eh nur ein Seelenverkäufer oder ein Schiff fürs Trockene gewesen? Der Funktionswandel des Begriffs scheint in vollem Gange. Und Willy Brandt scheint sich schon in Sicherheit gebracht zu haben. Im erwähnten ZEIT-Symposium sprach er statt von Demokratischem Sozialismus von "einer freiheitlichen Sozialdemokratie, wie ich es zu nennen vorziehe". Was nun?

Werden wir historisch. Sehr grob lassen sich drei Positionen unterscheiden, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Schoss der alten Sozialdemokratie ausgebildet hatten: Die eine setzte den Primat auf die Demokratie, worunter sie bürgerlichen Parlamentarismus verstand, in dessen Formen sie sich eine allmähliche Entwicklung hin zu Sozialismus vorstellte; die Gegenposition setzte den Primat auf Sozialismus, verstanden zumindest im Übergang als Diktatur des Proletariats, was bei den Klassikern im Gegensatz zur späteren Praxis die grosse Mehrheit meinte, von deren Herrschaft man sich vorstellte, sie würde das Problem der Demokratie gleichsam miterledigen; einen dritten, dialektischen Weg ging Rosa Luxemburg, indem sie Sozialismus und Demokratie als unauflöslich einander bedingend zusammendachte. Die Ermordung Luxemburgs liess diese Linie reissen. Aus der grossen Spaltung der Arbeiterbewegung im Verhältnis zur Entfesselung des Ersten Weltkriegs 1914, schliesslich zur russischen Oktoberrevolution 1917, gingen so die ersten beiden Positionen als verfeindete Hauptströmungen hervor. In beiden spukte gleichsam immer auch untergründig der Geist von Rosa Luxemburg.

Das Scheitern des repressivstaatlichen Sozialismus hat am Ende des Jahrhunderts mehr oder weniger allen Beteiligten deutlich gemacht, dass der Sozialismus entweder demokratisch sein oder kein Sozialismus sein wird.

Eine noch nicht offen und öffentlich vollzogene Konsequenz dieses Scheiterns ist das Ende des Marxismus-Leninismus. Seine administrative Liquidierung geht mit Anzeichen einer geistigen Verdrängung einher. Er war die Ideologie eines befehlsadministrativ durchorganisierten und geführten Fürsorgestaats. Lässt er sich aus einer repressiven Staatsideologie in eine kritische Theorie übersetzen? Ich halte das nicht für machbar, kenne auch niemanden, der dies im Ernst vorhätte. Es wäre auch nicht wünschbar. Der Marxismus-Leninismus führte eine eingemauerte Sonderexistenz. Dadurch verurteilte er den "westlichen Marxismus" zur entgegengesetzten Sonderexistenz. Die ideologischen Exporte in die Dritte Welt behinderten oft genug die Ausbildung eigenständiger Gesellschaftsanalysen.

Könnte es sein, dass der historische Moment trotz seiner katastrophenartigen Momente auch Chancen einer Entblockierung linker Kräfte birgt? Ermöglicht er die "internationale Wiedervereinigung" der sozialistischen Linken in demokratisch-sozialistischer Perspektive? Die bipolare Welt des Systemgegensatzes blockierte die Kräfte in globalem Massstab; innere Gegensätze wurden durch den äusseren Gegensatz überdeterminiert. Wird es nun zur Entblockierung innerer Möglichkeiten auch im Westen kommen? Otto Bauers Idee des "integralen Sozialismus" – wird sie real? Sie würde es natürlich nicht mit Leuten, die sich vor allem die Hände in Unschuld waschen möchten. Verlangt sind Metamorphosen auch von den westlichen Sozialdemokraten: Worte müssen Wirklichkeit werden.

Die Sprache der abstrakten Notwendigkeit lässt sich leicht aufbieten: am Kreuzungsweg oder vielleicht gar Kreuzigungsweg des schreienden, zu künftigen Kriegen treibenden Gegensatzes zwischen dem verelendenden Süden und dem reichen Norden, mit der Zeitbombe im Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Naturbedingungen, bei keineswegs schwindender Gefahr des Nuklearkrieges – auch wenn diese Gefahr dank Gorbatschows Politik vorübergehend in den Hintergrund getreten ist. Von den latenten Krisen, vielleicht auch Kriegen, die der Weltkapitalismus bereit hält, schweigen wir einstweilen. Soviele Nöte, soviele politische Notwendigkeiten, die Nöte abzuwenden, Lösungen zu finden. Von diesen Notwendigkeiten zu sprechen bleibt abstrakt (obwohl sie das Überleben der Menschheit betreffen), solange keine Wege zu ihrer produktiven Bearbeitung aufgezeigt werden.

Falls eine begriffslose Verarbeitung der jüngsten historischen Erfahrung überwiegen sollte, würde das für die Suche nach Lösungen, die Demokratie mit globaler Solidarität verbinden müssen, neue Blockierungen herstellen.

Viele Linke erscheinen jetzt auf der Kippe, schwankend zwischen zwei gleichermassen unproduktiven Haltungen: die furchtbare Botschaft noch nicht empfangen, das Scheitern noch nicht voll mitbekommen zu haben versus undifferenziertes Wegwerfen alles bisher Fürwahrgehaltenen. Die alten Mächte Moral und Recht bieten sich an als Auffangbecken: Das alte Regime erscheint dann als Regime des *Verbrechens,* das neue als Regime der *Moral;* imaginärer Sprung vom kriminellen Sozialismus zum ethischen Sozialismus, aufatmend. Denn das ist nun ein neues Synonym, das uns erwartet: demokratischer Sozialismus = ethischer Sozialismus (bzw. ethisch begründeter Sozialismus). Das öffentliche Bewusstsein schlägt sich voll mit Enthüllungen über die Vergangenheit. "Viele rückwärtsgerichtet, manche vorwärtsgerichtet", so zeichnete Walter Janka die gegenwärtige Stimmung. Grosse Massen gehen rückwärts im Doppelsinn: Sie wenden sich zurück auf das bereits Gestürzte, und wie Krebse bewegen sie sich rückwärts auf das zu, was kommt. Eine Gesellschaft mit dem Rücken zur Zukunft, den "Verbrechen" der Vergangenheit zugewandt, wird eine Gesellschaft ohne andere Zukunft als der Gegenwart des Kapitalismus (minderen Ranges). Für Deutschland nimmt das eine Sonderform an, für die Lateinamerika den Begriff anbietet: *colonialismo interno,* Kapitalisierung der DDR als innerdeutsche Kolonisierung.

Treten wir einen Schritt zurück. Eine von Gorbatschow zusammengefass-

te Grundeinsicht kann in die Formel gebracht werden: Der Sozialismus muss ins Zivilgesellschaftliche übersetzt werden. Rechtstaat mit Gewaltenteilung, Menschenrechte und Pluralismus bezeichnen Prinzipien, in denen jede künftige sozialistische Demokratie sich sowohl mit bürgerlicher Demokratie berührt als auch durch soziale Ausweitung dieser Prinzipien besonders bewähren muss. Auf diesem Feld ist inzwischen viel vorgedacht, Orientierungen, Werte und Wünschbarkeiten sind artikuliert, nicht zuletzt von der Forschungsgruppe über Grundlagen eines Modernen Sozialismus. Die Umrisse eines breiten Konsenses zeichnen sich ab. Wie mir aber scheint, ist das Interesse an der politisch-ethischen Werteseite umgekehrt proportional zum Interesse an der politisch-ökonomischen Wertseite, auf der sich entscheidet, wie solche Werte Macht und Wirklichkeit bekommen könnten. Ob die Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft als sozialistische sich gestalten und halten kann, dafür ist entscheidend, ob sich in ihren Formen allgemeine ökonomische Handlungsfähigkeit entfalten kann. Nicht erst in letzter Instanz, sondern in erster. Dem Rückwärtsgang der Massen liegt die Wahrnehmung des Scheiterns der Ökonomie zugrunde. Die theoretische Reflexion, will sie vor diesem Scheitern weder die Augen verschliessen noch resigniert dem Kapitalismus das Feld überlassen, muss sich ökonomische(n) Fragen eines Demokratischen Sozialismus stellen. Auch wenn in der deutschen Konjunktur die Frage praktisch nicht zum Zuge kommt, muss sie doch gedacht werden. Der Rückweg in einen autoritären Staatssozialismus ist ausgeschlossen. Gibt es überhaupt auf dem Gebiet der Ökonomie einen gangbaren dritten Weg im Sinne einer demokratisch-sozialistischen Alternative zum Kapitalismus?

**Vorgefechte zum Überdenken marxistischer Marktkritik**

Man kann sagen, dass der Stalinismus nur als Ausnahmestaat und Ausnahmezustand möglich war. Im Aufbau der Industrialisierung, im Krieg gegen den äusseren Feind, im Wiederaufbau nach dem Krieg hat er sich, wenn auch mit bis heute ungetilgten Folgelasten, sogar als produktiv erwiesen, und die sowjetische Bevölkerung hat sich mit intensiver Motivation an solchen Ausnahmeaufgaben beteiligt. – Eine Form der Motivation zur Ausnahme ist die *Kampagne.* Als Normalform ist die Kampagne konterproduktiv, Stoff für zynische Witze und subversive Haltungen scheinhaften Mitmachens. Die dauernde "Arbeit" der Kader an der Arbeitsmotivation: Pseudo-Aktivierung, darauf beruhend, dass alles Recht auf gesellschaftliche Praxis aus der Gesellschaft herausgezogen und im Apparat (Partei-Staat) zusammengezogen war. Es ist verkehrt, die Passivität der Massen zur Legitimation der Kampagnen heranzuziehen. Die Aktivierung von oben *war* die Passivierung.

Nun, da dieses Oben durch seinen Misserfolg erledigt und vom Volk abgesprengt worden ist, können viele sich eine Besserung ihrer Lage nicht anders als vermittels eines anderen "Oben" vorstellen. "Die Unternehmer" scheinen, in Umkehrung bisheriger Feindpropaganda, eine transzendente Rasse zu verkörpern, die Götter einer Alltagsreligion der Subalternen. Versach-

licht im *Kapital.* Das Unaussprechliche, für das die bisherige Machtrealität keine Sprache und keine Ansprüche hinterlassen hat (im Gegensatz zum Konsum), worum sich aber jetzt alle Kämpfe drehen, ist die Alternative einer Demokratisierung auch und gerade der Wirtschaft, also der Selbstregierung der Gesellschaft in ihrer Produktion.

Demokratisierung der Wirtschaft wird heute vor allem von der Arbeiterklasse nicht für sinnvoll gehalten, weil man spürt, dass die eigentümliche Härte des Kalküls der Optimierung, welches die Ökonomie erst zur Ökonomie macht, notwendig ist. Die meisten wünschen diese Härte auch *gegen sich,* nachdem sie lange genug den blossen Appell zur Produktivität in seiner Idiotie erfahren haben: Man muss untersuchen, wo realer Widerspruch zwischen Demokratie und Produktivität besteht und wie die Verhältnisse in der Ökonomie gestaltet werden müssen, damit hier keine Blockierung eintritt.

*Vom Staatszwang zum Sachzwang* – wie eine unsichtbare Losung schwebt diese Orientierung über der DDR. Gregor Gysi vertat sich im SPIEGEL-Gespräch im Dezember 1989, wenn er einen der "Grundirrtümer" der bisherigen DDR darin sah, "dass man einen isolierten Markt aufbauen" wollte, denn Markt als *Wirtschaftsmechanismus* gab es ja nicht wirklich, sondern es herrschte das, was Jürgen Kuczynski als "Monopolsozialismus" gekennzeichnet hat. Es gab das Paradox eines verdeckten Schwarzmarkts von-oben-nach-aussen, personifiziert durch Schalck-Golodkowski, die zwangsgewollte Hinnahme ungleichen Tausches, ein Zwangsumtausch nach den Regeln des Weltmarkts. Das abgeschottet Produzierte musste sich hier verramschen. Das war die *partie honteuse* dieser Ökonomie. Gysi stellte sich nun vor, durch die Kombination von Markt-Leistungs-Hebeln mit sozialen Elementen eine "Doppelmotivation" in der Arbeit zu erreichen, sieht freilich auch die Gefahr, in "eine doppelte Negierung an Motivation" auszurutschen.

Ohne solche Skrupel optiert das wirtschaftspolitische Grundsatzpapier der neuen SPD "für eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft" mit "Markt und Wettbewerb ... als unabdingbaren Triebkräften". Streng genommen gibt das keinen Sinn, obwohl man versteht, was gemeint ist. Der Markt ist ein Handlungsfeld, wo Angebote und Nachfragen aufeinandertreffen, deren Plural bei Streben aller Akteure nach den vorteilhaftesten Bedingungen für sich selbst "Konkurrenz" bzw. den "Wettbewerb" ausmacht. Triebkraft ist die Vorteilssuche (das Gewinnstreben); die Spielregel heisst "Schwarzer Peter"; Schattenseite der Vorteilssuche ist die Nachteilszuweisung. So entstehen negative Sanktionen, Zwangskräfte, die einen Akteur bei Strafe des Untergangs mobilisieren. Ganz wie Marx sagt: Über die Konkurrenz werden die inneren Gesetze in "äussere Zwangsgesetze" verwandelt. Man ruft in Wirklichkeit allseits nach Zwang, nicht nach Trieb. Genauer gesagt: Man ruft nach den Zwangsbedingungen des Marktes, unter denen der Eigennutz in gewissen Grenzen als Triebkraft für die Gesamtwirtschaft wirken kann. Der Staatszwang hat versagt, nicht ohne alle zu bedrücken und zu erniedrigen, nun hofft man auf den *Marktzwang.* Vom Markt verspricht man sich den Wirtschaftsmechanismus, der Produktivität, Innovation und

Leistungslohn erbringt.

Mit einer Spitze gegen "diejenigen Ökonomen, die ihren Kopf nur vom 'Mittag- Land' auf das 'Abendland' wenden", hat z.B. Hans Wagner den Begriff "ökonomischer Mechanismus" verwerfen wollen. Seiner Auffassung nach steht dieser Begriff in Kontinuität mit dem alten Regime, weil er Wirtschaft als Mechanismus statt "als sozialen Organismus und als entscheidende Sphäre der Produktion wirklicher gesellschaftlicher Subjekte und Verhältnisse" abbildet. "Man war eingespielt auf das 'Machen' eines Planmechanismus und spielt sich ein auf das 'Machen' eines Marktmechanismus." Abgesehen davon, dass Wagners Überlegungen noch ganz auf dem Standpunkt einer souveränen sozialistischen DDR stehen und dieser Standpunkt inzwischen mehr als in Frage gestellt ist, scheint mir hier ein doppeltes Missverständnis vorzuliegen: 1) der Plan war befehlsadministrativ in Erstellung und Durchsetzung, ihm lag genau genommen kein ökonomischer Mechanismus zugrunde; 2) vom Markt verspricht man sich einen in der Tat "mechanischen" (besser: systemischen) Effekt, nämlich den der unpersönlichen Steuerung von Wirtschaftshandeln über materielle Sanktionen. Dieses Dispositiv ist paradox: Es verbindet eine unausweichliche Fatalität (die geradezu schicksalhaft hinzunehmenden "Urteile" des Marktes) mit höchster Aktivierung der Subjekte. Es setzt die Akteure gerade dadurch in Subjektposition, dass sie in der Gestaltung des Arrangements nicht zum Zuge kommen. Das Unmachbare ist der Markt selbst.

Selbst Vertreter von der Vereinigten Linken neigen dazu, das Problem darauf zu verengen, Kapital und Technologie aus dem Westen ins Land zu holen. Kapital und Technologie sind wichtig, aber nicht die Hauptsache: Es wäre zwar nicht leicht, aber doch relativ einfach, Geld aufzutreiben, um moderne Maschinen zu kaufen. Aber gescheitert ist der ökonomische Mechanismus, und wenn man nun allseits Kapital ins Land holen und irgendwie Marktwirtschaft praktizieren will, so wegen dieses Scheiterns. Die bisherigen Produktionsverhältnisse haben sich als unproduktive Verhältnisse herausgestellt. Sie waren Verhältnisse der staatlichen Direktivplanung. Das ging erstens am Wertgesetz vorbei und blockierte zweitens Innovation und Flexibilität. Dem Ernstfall des "Direktiven" an dieser Planung war der repressive Staatsapparat, der Stasi, zugewandt. Das kostete vollends den Konsens und mit ihm die Arbeitsmotivation. Wenn man nun Kapital und Markt ins Land wünscht, so weil man nach einem ökonomischen Mechanismus im strengen Wortsinn und damit nach einer andern Art von Herrschaft in der Produktion verlangt. Man könnte sagen: Die Produktivkräfte drängen auf andere Produktionsverhältnisse. Sie drängen dumpf und blind, durch Krise und Zusammenbruch. Es ist unklar, wie die neuen Produktionsverhältnisse sein können. Die Anhänger des Kapitalismus halten natürlich keine andern Produktionsverhältnisse als die kapitalistischen des Westens für möglich.

Die Linke müsste zumindest das Problem sehen, überhaupt erst einmal die Frage aufnehmen, bevor sie sich an Antworten versucht. Damit tut sie sich schwer, solange sie die Hinwendung zu Marktmechanismen nicht vom Scheitern des befehlsadministrativen Systems her denkt.

Rainer Land hat eine Präfiguration der Probleme in einer Denkfigur gesehen, die er "Unmittelbarkeitskommunismus" nennt und die er bei Marx wirksam sieht. Michael Brie hat entsprechend in einem Interview an Marx das Fehlen eines Sinns für die unaufhebbare Interessenvielfalt der Subjekte kritisiert. Er sieht bei Marx die Unterstellung, dass Individuelles und Gesellschaftliches unmittelbar zusammenfallen. Die Interviewer von der Zeitschrift "Sozialismus" hielten dem einen Satz aus den *Grundrissen* (88) entgegen: "Vermittlung muss natürlich stattfinden." Aber das heisst bei Marx nur, dass in einer nicht erst nachträglich über den Markt regulierten gemeinschaftlichen Produktion "von vornherein die Teilnahme des Einzelnen an der gemeinschaftlichen Produktenwelt" vorausgesetzt ist, so dass also "die *Voraussetzung selbst vermittelt*" sei. Marx fährt unmittelbar fort: "Die Arbeit des Einzelnen ist von vornherein als gesellschaftliche Arbeit gesetzt." (*Gr,* 88) Ein Problem, über das geredet werden müsste, sieht Marx hier nicht. Es ist aber nicht nur, wie ich früher dachte, im Kapitalismus unmöglich, die Arbeit "*unmittelbar* als allgemeine Arbeit bestimmen" zu wollen (ebd., 89), sondern streng genommen immer. Je komplexer eine Gesellschaft wird, desto mehr Probleme entspringen diesem "Streng genommen". Brie denkt den Eigentümerstatus aufgespalten, vom Individuellen über die Belegschaft, die Kommune, bis zur Gesamtgesellschaft, eine Differenzierung, die in der "ökonomisch-politischen Machtstruktur" verankert werden muss. Gewerkschaften, Betriebsräte, Pachtbeziehungen usw. – es werde "über diese Formen jeweils eine spezifische Seite der Produzentenstellung der Werktätigen mit einem spezifischen Eigentümerstatus" versehen. Von der Öffentlichkeit verspricht er sich die Dynamisierung dieser Struktur. So weit, so gut. Aber wie soll dabei mehr herauskommen als endloses Palaver? Eine öffentliche Diskussion ist nicht allein deshalb, weil sie öffentlich ist, schon ökonomisch produktiver als eine hinter verschlossnen Türen. Die Frage nach dem ökonomischen Mechanismus ist noch ungestellt.

Es sollte deutlich werden, dass Demokratischer Sozialismus eine Phrase zu bleiben droht, wenn er die ökonomischen Probleme nicht zu lösen vermag. Noch fehlt es an theoretischem Vorlauf. Wir wissen aber jetzt unabweisbar, dass Demokratischer Sozialismus darauf fussen muss, die Individuen in der Produktion ihres Lebens in Subjektposition oder zumindest in substanzielle Partizipation an dieser Position zu setzen. Und wir haben auch begriffen, dass in gewisser Hinsicht der Markt seine Akteure in solche Freiheit setzt, wenn er ihnen auch die Subjekthaftigkeit hinsichtlich der Vergesellschaftung ihrer Arbeit raubt. Demokratischer Sozialismus kann sich daher nicht unkritisch auf Marktwirtschaft gründen, auch nicht auf eine, die das Vorwort "sozial" mit sich führt. Er braucht die Partizipation an der Vergesellschaftung.

Das Wie sollte die Geister beschäftigen. Nur eine vielstimmige Diskussion mit Sprechern unterschiedlicher Kompetenzen kann diese entscheidende Sache voranbringen.

## Literaturhinweise auf die aktuelle Debatte


Die Aktion: Die DDR als sozialistische Alternative. Dokumente der Initiative "Vereinigte Linke". Sozialismus, Räte, Volkssouveränität! Hamburg 1990.

Joachim Bischoff et al.: Planung oder Steuerung? Sozialismus 3/1990.

Borner, J./Wagner, H. et al.: Studien zur Wirtschaft. Reihe Sozialismus in der Diskussion, Nr. 3. Berlin (Ost) 1990.

Michael Brie: Wer ist Eigentümer im Sozialismus? Philosophische Überlegungen. Dietz, Berlin 1990.

Diane Elson: Markt-Sozialismus oder Sozialisierung des Markts? Prokla 78/1990.

Volker Gransow: Zivilgesellschaft und demokratische Frage. Argument 180/1990.

Wolfgang F. Haug: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken. Argument, Berlin 1989.

Wolfgang F. Haug: Marktsozialismus? Argument 179/1990.

Klaus P. Kisker: Ökonomische Lehren aus dem Scheitern des 'Feudosozialismus'. Argument 180/1990.

Rainer Land et al. (Hg.): Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung. Rotbuch, Berlin 1990.

Susi Möbbeck et al. (Hg.): Projekt Moderner Sozialismus – 53 Thesen. spw Verlag, Berlin 1989.

Hajo Riese: Geld im Sozialismus. Prokla 78/1990.

Karl Th. Schuon: Politische Theorie des Demokratischen Sozialismus. Marburg 1986.

Vereinigte Linke (Hg.): Das Programm. Die Aktion, Januar 1990, Heft Nautilus, Hamburg 1990.

Hans Wagner et al. (Hg.): Die ökonomische Strategie. Sozialismus in der Diskussion 3, Dietz, Berlin 1990.


* Vorgetragen beim "Ökumenischen Symposium zu Friedensfragen" an der Humboldt-Universität am 8.2.1990. Von der Redaktion leicht gekürzt, mit neuem Titel und einigen Literaturhinweisen versehen.